

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

1. Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.
2. Der Landtag möge dem Wirtschaftsplan 2022 für das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg zustimmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung des Fachausschusses

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung befasste sich erstmalig in seiner 20. Sitzung am 16. September 2021 und abschließend in seiner 21. Sitzung am 11. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 11 und mit dem Entwurf des Wirtschaftsplanes 2022 für das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg. Er empfahl die Annahme des Einzelplanes 11 in der Fassung seiner Beschlüsse.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 11 in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An der Beratung nahmen u. a. der Minister für Infrastruktur und Landesplanung, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss neben dem Entwurf des Einzelplanes 11 und dem Entwurf des Wirtschaftsplanes 2022 für das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg, der dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit Schreiben vom 16. November 2021 am 23. November 2021 zugegangen war, folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung,
- 11 gemeinsame Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 7 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 11 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE und
- 11 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Die gemeinsamen Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Koalitionsfraktionen wurden angenommen, vier von ihnen einstimmig.

Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen fanden jeweils keine Mehrheit.

Damit empfiehlt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen dem Landtag mit Blick auf die Ausgaben die Erhöhung der Ansätze um insgesamt mehr als 1 000 000 Euro für:

- Fluglärmberatung,
- die Geschäftsstelle Klimaneutrale Stadt,
- Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau,

- Zuweisungen und Zuschüsse mit Blick auf die Lastenradprämie,
- Zuschüsse für den Abbiegeassistenten,
- den PlusBus,
- das Innovationsprogramm 2030 – i2030 (Regionalisierungsgesetz) und
- die Förderung innovativer Mobilitätsprojekte.

Diese Maßnahmen - für einen Teil von ihnen werden insgesamt auch Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 42 790 000 Euro ausgebracht - sollen aus Kapitel 11 500 Titel 633 80 (Mobilitätsticket) finanziert werden. Die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben des Einzelplanes 11 bleiben damit unverändert.

In der Schlussabstimmung votierte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen bei fünf Gegenstimmen dafür, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen. Gleichzeitig empfiehlt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig (6 : 0 : 5), dem Entwurf des Wirtschaftsplanes 2022 für das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg zuzustimmen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
(ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)
(Drucksache 7/4212)**

Gesamtübersicht

Einzelplan 11

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Beträge in Euro

	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	658.198.200	-	658.198.200
Gesamtausgaben	1.152.899.600	-	1.152.899.600
Verpflichtungs- ermächtigungen	1.492.809.700	<u>+42.790.000</u>	<u>1.535.599.700</u>
Stellen	2.382	-	2.382

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

(S. 9) **Vorwort (Änderung)**

...

Mittelleinsatz für Radverkehr		
Nr.		HH 2022 Mio. €
1	Planung/Bau/Sanierung Radwege an Landesstraßen LS, einschl. Planung von Radwegen an Bundesstraßen Kap. 11 460, Titel 891 10, Titel 891 12, EFRE	<u>9,0</u>
2	Förderung komm. Brücken und Radwege (KBR), Teil <u>Radverkehr</u> LS Kap. 11 020, TGr 73	4,0
3	Förderprogramm ÖPNV Invest, Teil Radinfrastruktur (B+R) LBV Kap. 11 020, TGr 73 Kap. 11 500, HGr 8	4,0
4	Budget Radverkehrsbeauftragte <u>einschließlich Lastenradprämie</u> Kap. 11 460, TGr 70	<u>0,82</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

5	Bau von Radschnellwegen Kap. 11 460 Titel 883 11	0,5		
6	Bund-Länder-Sonderprogramm Stadt und Land (Radverkehr) Kap. 11 460 Titel 883 14 und Kap. 11 500 Titel 883 14	10,0		
	Nachrichtlich: Bundesmittel für Radwege an Bundesstraßen	10,0		
	<u>Gesamtsumme</u>	<u>38,32</u>		

...

11 020 Allgemeine Bewilligungen

(S. 28) HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für
den Schuldendienst

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

537 30 neu	<u>Ausgaben für die Geschäftsstelle „Volksinitiative Verkehrs-</u>	--	<u>+150.000</u>	<u>150.000</u>
011	<u>wende Brandenburg jetzt!“</u>			
(S. 29)				

Verpflichtungsermächtigungen (neu):

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	
<u>Betrag</u>	<u>--</u>	<u>+150.000</u>	<u>150.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu</u>		<u>150.000</u>	<u>150.000</u>
<u>2024 bis zu</u>			
<u>2025 bis zu</u>			
<u>2026 ff bis zu</u>			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

Erläuterungen (neu):

Veranschlagt sind Sachmittel für die Geschäftsstelle zur Umsetzung des Dialogprozesses zur Volksinitiative „Verkehrswende Brandenburg jetzt!“ Vorgesehen ist u. a. die Beauftragung von Sachverständigen und Moderatoren sowie die Finanzierung erforderlicher Gutachten z. B. zum ÖPNV, Fuß- und Güterverkehr.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

(S. 29) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 30	Ausgaben für Fluglärmberatung	0	<u>+120.000</u>	<u>120.000</u>
(S.31)				

11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

-

(S. 44) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

633 30 (S. 45)	Geschäftsstelle „Klimaneutrale Stadt“	60.000	<u>+40.000</u>	<u>100.000</u>
--------------------------	---------------------------------------	--------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen (Änderung):

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
Betrag	60.000	<u>+40.000</u>	<u>100.000</u>
davon fällig:			
2023 bis zu	60.000	<u>+40.000</u>	<u>100.000</u>
2024 bis zu			
2025 bis zu			
2026 ff bis zu			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

11 460 Straßen- und Brückenbau

(S. 120) HGr. 8: Sonstige Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen

891 10 (S. 122)	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	72.000.000	--	72.000.000
---------------------------	---	------------	----	------------

Verpflichtungsermächtigungen (Änderung):

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
Betrag	81.000.000	<u>+14.000.000</u>	<u>95.000.000</u>
davon fällig:			
2023 bis zu	24.000.000		24.000.000
2024 bis zu	37.000.000		37.000.000
2025 bis zu	20.000.000	<u>+8.000.000</u>	<u>28.000.000</u>
2026 ff bis zu		<u>+6.000.000</u>	<u>6.000.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

(S. 129) TGr. 70 Radverkehr

633 70 (S. 130)	Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden	290.000	<u>+110.000</u>	<u>400.000</u>
---------------------------	---	---------	-----------------	----------------

682 70 (S. 131)	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	50.000	<u>+100.000</u>	<u>150.000</u>
---------------------------	--------------------------------------	--------	-----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag</u>	<u>==</u>	<u>+40.000</u>	<u>40.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu</u>		<u>+20.000</u>	<u>20.000</u>
<u>2024 bis zu</u>		<u>+20.000</u>	<u>20.000</u>
<u>2025 bis zu</u>			
<u>2026 ff bis zu</u>			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

683 70 (S. 131)	Zuschüsse an private Unternehmen	100.000	<u>+50.000</u>	<u>150.000</u>
---------------------------	----------------------------------	---------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
Betrag	=	<u>+60.000</u>	<u>60.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu</u>		<u>+30.000</u>	<u>30.000</u>
<u>2024 bis zu</u>		<u>+30.000</u>	<u>30.000</u>
<u>2025 bis zu</u>			
<u>2026 ff bis zu</u>			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

**11 470 Übrige Verkehrsträger – ohne öffentlichen Personen-
nahverkehr (ÖPNV)**

S. 145 TGr. 90 Verkehrssicherheit

892 90 (S. 147)	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	<u>+250.000</u>	<u>250.000</u>
---------------------------	--	---	-----------------	----------------

11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

S. 154 HGr 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

633 20 (S. 155)	Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsange- bote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)	4.100.000	--	4.100.000
---------------------------	--	-----------	----	-----------

Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag</u>	==	<u>+5.100.000</u>	<u>5.100.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu</u>		<u>+5.100.000</u>	<u>5.100.000</u>
<u>2024 bis zu</u>			
<u>2025 bis zu</u>			
<u>2026 ff bis zu</u>			

S. 158	HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen
--------	---

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

891 40 (S. 161)	Investitionsprogramm 2030 -I2030- (Regionalisierungsge- setz)	0	--	0
---------------------------	--	---	----	---

Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag</u>	<u>==</u>	<u>+23.400.000</u>	<u>23.400.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu</u>			
<u>2024 bis zu</u>		<u>+3.100.000</u>	<u>3.100.000</u>
<u>2025 bis zu</u>		<u>+9.400.000</u>	<u>9.400.000</u>
<u>2026 ff bis zu</u>		<u>+10.900.000</u>	<u>10.900.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2022
-------------------------------	-----------------	--------------	--	-------------------

(S. 167) TGr. 80 Mobilitätsticket Brandenburg

633 80 (S. 167)	Zuweisungen an die Aufgabenträger	3.200.000	<u>-1.023.000</u>	<u>2.177.000</u>
---------------------------	-----------------------------------	-----------	-------------------	------------------

S. 168 TGr. 90 Förderung innovativer Mobilitätsprojekte insbesondere im ländlichen Raum

883 90 (S. 169)	Zuweisungen für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden	300.000	+203.000	503.000
---------------------------	---	---------	----------	---------

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 11

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
1	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 020	537 30 neu	29	Ausgaben für die Geschäftsstelle Volksinitiative Verkehrswende	+150.000 VE+150.000 Erläuterungen	S. 167, 11 500, 633 80 (-150.000) Mobilitätsticket	8/4/3	6/3/2
2	BVB / FREIE WÄHLER	11 020	633 30	31	Ausgaben für Fluglärmberatung	+500.000	S. 25, 11 020, 359 10 (-500.000) Rücklage Ver- waltungsbudg.	7/8/0	5/6/0
3	DIE LINKE	11 020	633 30	31	Ausgaben für Fluglärmberatung	+120.000 VE+360.000	S. 26, 11 020, 359 10 (-120.000) Rücklage Ver- waltungsbudg.	7/8/0	5/6/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
4	SPD/CDU/GRÜNE/B90	11 020	633 30	31	Ausgaben für Fluglärmberatung	+120.000	S. 167, 11 500, 633 80 (-120.000) Mobilitätsticket	8/0/7	7/0/4
5	AfD	11 020	TGr. 73	35	Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds (Stichwort: Einzelmaßnahme 1 [Stadtentwicklung im ländlichen Raum])	+6.000.000	S. 35, 11 020, TGr. 73 (-6.000.000) Einzelmaßnahme 5	4/10/1	3/7/1
6	AfD	11 020	TGr. 73	35	Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds (Stichwort: Maßnahme 3 [Schienenverkehr und Logistik])	+4.500.000	S. 35, 11 020, TGr. 73 (-4.500.000) Einzelmaßnahme 5	4/10/1	3/7/1
7	SPD/CDU/GRÜNE/B90	11 040	633 30	45	Geschäftsstelle Klimaneutrale Stadt	+40.000 VE+40.000	S. 167, 11 500, 633 80 (-40.000) Mobilitätsticket	8/4/3	7/3/1
8	DIE LINKE	11 040	633 40 neu	46	Beratungsstelle für kooperative Wohn- und Baugemeinschaften (Versorgung mit preiswertem Wohnraum)	Ansatz: 100.000 VE: 100.000 Erläuterungen	S. 40, 11 040, 119 15 (-100.000) Rückflüsse aus Zuwend.	3/12/0	2/9/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
9	DIE LINKE	11 060	681 10 neu	81	Mietkautionsfonds	Ansatz: 1.000.000 Erläuterungen	S. 25, 11 020, 359 10 (-1.000.000) Rücklage Verwaltungsbudg.	2/8/5	1/6/4
10	DIE LINKE	11 060	893 14	84	Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für die soziale Wohnraumförderung (Landesmittel)	+40.000.000 Änderung Erläuterungen	S. 18, 20 020, 359 15 (-40.000.000) Allg. Rücklage	2/8/5	1/6/4
11	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	682 40	117	Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personalaufwendungen	+1.200.000	S. 24, 20 020, 461 20 (-1.200.000) Personalausg.	5/10/0	4/7/0
12	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	883 10	120	Zuweisungen für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau	+20.000.000 VE+128.000.000	S. 24, 20 020, 461 20 (-20.000.000 €) Personalausg.	5/10/0	4/7/0
13	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	883 11	120	Zuweisungen für den Bau von Radschnellwegen	+4.500.000 VE+7.600.000	S. 24, 20 020, 461 20 (-4.500.000) Personalausg.	1/12/2	1/9/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
14	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	891 10	122	Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau (Neubau und Sanierung von Straßen und Radwegen)	+18.000.000 VE+279.000.000	S. 24, 20 020, 461 20 (-18.000.000) Personalausg.	4/8/2	4/6/1
15	AfD	11 460	891 10	122	Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	+28.000.000	S. 29, 20 020, 972 10 (-28.000.000) Gl. Minderausgabe	3/10/1	3/7/1
16	DIE LINKE	11 460	891 10	122 f.	Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau (Bau von Radwegen an Landesstraßen)	+20.000.000 Haushaltsvermerk neu Änderung Erläuterungen	S. 18, 20 020, 359 15 (-20.000.000) Allg. Rücklage	2/8/4	2/6/3
17	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90 Neudruck	11 460	891 10	122	Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	VE+14.000.000	--	12/0/2	10/0/1
18	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	891 13	126	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Baumaßnahmen an Bahnübergängen mit kommunalen Straßen	+1.000.000 VE+97.000.000 Änderung Erläuterungen	S. 24, 20 020, 461 20 (-1.000.000) Personalausgaben	4/10/0	4/7/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
19	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	633 70	130	Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden (Förderung Radverkehr)	+110.000	S. 25, 11 020, 359 10 (-110.000 €) Rückl. Verwaltungsbudg.	3/12/0	2/9/0
20	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 460	633 70	130	Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden (Lastenradprämie)	+110.000 € (siehe Anlage: Übersicht Mitteleinsatz für Radverkehr)	S. 167, 11 500, 633 80 (-110.000) Mobilitätsticket	8/1/6	6/1/4
21	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 460	682 70	131	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen (Lastenradprämie)	+100.000 VE+40.000	S. 167, 11 500, 633 80 (-100.000) Mobilitätsticket	8/5/2	6/4/1
22	AfD	11 460	682 70	131	Radverkehr (Stichwort: Zuschüsse an öffentliche Unternehmen)	-50.000	--	4/10/0	3/7/1
23	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 460	683 70	131	Zuschüsse an private Unternehmen (Lastenradprämie)	+50.000 VE +60.000	S. 167, 11 500, 633 80 (-50.000) Mobilitätsticket	8/5/2	6/4/1
24	AfD	11 460	683 70	131	Radverkehr (Stichwort: Zuschüsse an private Unternehmen)	-50.000	--	4/11/0	3/7/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
25	DIE LINKE	11 460	685 70	131	Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr (Schulwegsicherung im Radverkehr)	+20.000 VE neu: 60.000	S. 122, 11 460, 891 10 (-20.000) Zuführ. an LS	6/8/1	5/6/0
26	AfD	11 460	685 70	131	Radverkehr (Maßnahmen für Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr)	+50.000	S. 131, 11 460, 683 70 (-50.000) Zuschüsse an private Unternehmen	4/10/1	3/7/1
27	BVB / FREIE WÄHLER	11 460	685 70	131	Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr (Schulwegsicherung Radverkehr)	+20.000	S. 25, 11 020, 359 10 (-20.000) Rückl. Verwaltungsbudg.	7/8/0	5/6/0
28	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 470	892 90	147	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Abbiegeassistent)	+250.000	S. 167, 11 500, 633 80 (-250.000) Mobilitätsticket	9/0/6	6/0/5
29	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 500	633 20	155	Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (Plus-Bus)	VE +5.100.000		11/4/0	8/3/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
30	DIE LINKE	11 500	682 50	157	Zuweisungen an Hochschulen zur anteiligen Finanzierung des Semestertickets	+3.300.000 Änderung Erläuterungen	S. 28, 20 020, 971 10 (-3.300.300) Mehrausgaben Coronapand.	3/12/0	2/9/0
31	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 500	891 40	161	Investitionsprogramm 2030 – i2030 – (Regionalisierungsgesetz)	VE neu: 23.400.000		15/0/0	11/0/0
32	DIE LINKE	11 500	633 60	163	Förderung der Aufgabenträger (Zuschüsse zum kommunalen ÖPNV)	+3.000.000 VE+177.588.000	S. 153, 11 500, TGr. 60, Titel 359 60 (neu) (-3.000.000) Rüchl. Regionalisierungsm.	7/8/0	5/6/0
33	DIE LINKE	11 500	883 60	163 f.	Zuweisungen an Aufgabenträger für Investitionen (Förderung für barrierefreie Straßenbahnen und O-Busse)	VE+31.000.000 Änderung Haushaltsvermerk	--	3/8/4	2/6/3
34	AfD	11 500	TGr. 80	167	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Mobilitätsticket)	+300.000	S. 28, 11 020, 537 10 (-300.000) Gutachten für Grundsatzang legenheiten	4/10/1	3/7/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
35	DIE LINKE	11 500	633 80	167	Mobilitätsticket Brandenburg	+1.330.000 Erläuterungen neu	S. 18, 20 020, 359 15 (-1.330.000) (Allg. Rücklage)	3/8/4	2/6/3
36	DIE LINKE	11 500	682 80	167	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen (Mobilitätsticket Brandenburg)	+330.000 Erläuterungen neu	S. 18, 20 020, 359 15 (-330.000) Allg. Rücklage	3/8/4	2/6/3
37	BVB / FREIE WÄHLER	11 500	682 90	169	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen (innovative Mobilitätsprojekte im Ländlichen Raum I)	+200.000 €	S. 25, 11 020, 359 10 (-200.000) Rüchl. Verwaltungsbudg.	7/8/0	5/6/0
38	BVB / FREIE WÄHLER	11 500	883 90	169	Zuschüsse für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden (innovative Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum II)	+500.000 €	S. 25, 11 020, 359 10 (-500.000) Rüchl. Verwaltungsbudg.	7/8/0	5/6/0
39	SPD/CDU/ GRÜNE/ B90	11 500	883 90	169	Zuschüsse für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden (Förderung innovativer Mobilitätsprojekte)	+203.000 €	S. 167, 11 500, 633 80 (-203.000) Mobilitätsticket	9/4/2	7/3/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AIL	Abstimmung AHF
40	BVB / FREIE WÄHLER	11 500	891 90	169	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen (innovative Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum III)	+500.000 €	S. 25, 11 020, 359 10 (-500.000) Rüchl. Verwaltungsbudg.	7/8/0	5/6/0
	Gesamtabstimmung Einzelplan 11							8/7/0	6/5/0

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 11

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 29 (neu)	Kapitel: 1 1 0 2 0	Titel: 5 3 7 3 0
Zweckbestimmung: Ausgaben für die Geschäftsstelle Volksinitiative Verkehrswende (neu)		

Stichwort: VI Verkehrswende Brandenburg jetzt

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 150.000 €
Ansatz neu:	150.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	150.000 € fällig 2023
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	150.000 € fällig 2023

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	150.000 €
				€
insgesamt:				150.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Sachmittel für die Geschäftsstelle zur Umsetzung des Dialogprozesses zur Volksinitiative Verkehrswende jetzt. Vorgesehen ist u.a. die Beauftragung von Sachverständigen und Moderatoren sowie die Finanzierung erforderlicher Gutachten z.B. zum ÖPNV, Fuß- und Güterverkehr.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

Begründung:

Die Umsetzung des Dialogprozesses zur VI Verkehrswende gemäß Landtagsbeschluss vom 29.4.2021 erfordert auch Sachmittel für die im MIL eingerichtete Geschäftsstelle. Die Mittel sind u.a. für die Beauftragung von Sachverständigen und Moderatoren sowie zur Finanzierung erforderlicher Gutachten z.B. zum ÖPNV, Fuß- und Güterverkehr vorgesehen.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 31	Kapitel: 1 1 0 2 0	Titel: 6 3 3 3 0
Zweckbestimmung: Ausgaben für Fluglärmberatung		

Stichwort: Fluglärmberatung

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 120.000 €
Ansatz neu:	120.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	120.000 €
				€
insgesamt:				120.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Im Entwurf der Landesregierung zum Landeshaushalt 2022 ist eine Fortführung der unabhängigen Fluglärmberatung nicht mehr vorgesehen. Die unabhängige Schallschutzberatung wird durch den Landkreis Teltow-Fläming seit Jahren erfolgreich und kompetent wahrgenommen und sollte daher auch nach der Eröffnung des BER fortgeführt werden. Das Thema Lärmschutz für die betroffenen Anwohner wird auch künftig ein wichtiges Thema bleiben.

In Umsetzung des Landtagsbeschlusses 6/6562-B wird beantragt, die unabhängige Schallschutzberatung für das Jahr 2022 fortzuführen und hierfür 120.000 € bereitzustellen.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 45	Kapitel: 1 1 0 4 0	Titel: 6 3 3 3 0
Zweckbestimmung: Geschäftsstelle Klimaneutrale Stadt		

Stichwort: Klimaneutrale Stadt

Ansatz im Entwurf 2022	60.000 €
Änderung (+/-):	+ 40.000 €
Ansatz neu:	100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	60.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 40.000 € fällig 2023
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	100.000 € fällig 2023

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	40.000 €
				€
insgesamt:				40.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, dass Brandenburg bis zum Jahr 2050 klimaneutral wird. Zur Umsetzung dieses Ziels hat das MIL gemeinsam mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) und den brandenburgischen Städtenetzen das "Klimabündnis Stadtentwicklung" gegründet.

Die Geschäftsstelle Klimaneutrale Stadt koordiniert die Arbeiten des Bündnisses und dient der Beratung und Anleitung der Kommunen. Die im Regierungsentwurf des Landeshaushalts eingestellten Mittel sind nicht auskömmlich. Es wird daher beantragt, das Budget für die Geschäftsstelle um 40.000 € aufzustocken.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Änderungsantrag (Neudruck)

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 122	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 9 1 1 0
Zweckbestimmung: Zuführung an den LS für Straßenplanung und Straßenbau		

Stichwort: Straßenplanung und -bau

Ansatz im Entwurf 2022	72.000.000 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	72.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	81.000.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 14.000.000 € + 8.000.000 € fällig 2025 + 6.000.000 € fällig 2026 ff.
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	95.000.000 € 24.000.000 € fällig 2023 37.000.000 € fällig 2024

28.000.000 € fällig 2025
6.000.000 € fällig 2026 ff.

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				0 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Planung und Steuerung von Großvorhaben im Bereich Planung und Bau von Bundes- und Landstraßen einschließlich straßenbegleitender Radwege (Kreuzungsmaßnahmen, Erhaltungsmaßnahmen an Bauwerken, Radwege, in der Region bereits vorbereitete Maßnahmen) bedingen zumindest mittelfristig stabile Finanzvolumen.

Vertragliche Bindungen von Planungsleistungen für große Bauvorhaben und Grünmaßnahmen bedingen einen VE-Rahmen von mind. 6 Jahren.

Es wird daher beantragt, das Straßenbaubudget durch zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen bis 2028 für die Absicherung langfristiger großer Baumaßnahmen aufzustocken.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 130	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 3 3 7 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden		

Stichwort: Lastenradprämie

Ansatz im Entwurf 2022	290.000 €
Änderung (+/-):	+ 110.000 €
Ansatz neu:	400.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	200.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	0
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	0

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	110.000 €
				€
insgesamt:				110.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die im Koalitionsvertrag für die 7. Legislaturperiode zur Förderung des Radverkehrs vorgesehene Lastenradprämie ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung zur Unterstützung der Verkehrswende.

Es wird daher beantragt, ein das Budget der Radverkehrsbeauftragten in Kapitel 11 460 Titelgruppe 70 insgesamt um 260.000 € für das Förderprogramm Lastenradprämie (Titel 633 70, 682 70 und 683 70) aufzustocken.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Als Folgeänderung ist die Anlage zum Vorwort im Einzelplan 11 „Miteinsatz für Radverkehr“ zu Nr. 4 anzupassen. In diesem Zusammenhang wird auch Nr. 1 korrigiert (siehe Anlage).

Anlage

Mitteleinsatz für Radverkehr

Nr.		HH 2022 Mio. €
1	Planung/ Bau/Sanierung Radwege an Landesstraßen LS, einschl. Planung von Radwegen an Bundesstraßen Kap. 11 460, Titel 891 10, Titel 891 12, EFRE	9,0
2	Förderung komm. Brücken und Radwege (KBR), Teil Radverkehr LS Kap. 11 020, TGr 73	4,0
3	Förderprogramm ÖPNV Invest, Teil Radinfrastruktur (B+R) LBV Kap. 11 020, TGr 73 Kap. 11 500, HGr 8	4,0
4	Budget Radverkehrsbeauftragte <u>einschließlich Lastenradprämie</u> Kap. 11 460, TGr 70	0,82
5	Bau von Radschnellwegen Kap. 11 460 Titel 883 11	0,5
6	Bund-Länder-Sonderprogramm Stadt und Land (Radverkehr) Kap. 11 460 Titel 883 14 und Kap. 11 500 Titel 883 14	10,0
	Nachrichtlich: Bundesmittel für Radwege an Bundesstraßen	10,0
	Gesamtsumme	<u>38,32</u>

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 2 7 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an öffentliche Unternehmen		

Stichwort: Lastenradprämie

Ansatz im Entwurf 2022	50.000 €
Änderung (+/-):	+ 100.000 €
Ansatz neu:	150.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 40.000 € +20.000 € fällig 2023 +20.000 € fällig 2024
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	40.000 € jeweils 20.000 € fällig 2023 und 2024

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	100.000 €
				€
insgesamt:				100.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die im Koalitionsvertrag für die 7. Legislaturperiode zur Förderung des Radverkehrs vorgesehene Lastenradprämie ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung zur Unterstützung der Verkehrswende.

Es wird daher beantragt, ein das Budget der Radverkehrsbeauftragten in Kapitel 11 460 Titelgruppe 70 insgesamt um 260.000 € für das Förderprogramm Lastenradprämie (Titel 633 70, 682 70 und 683 70) aufzustocken und VE für mehrjährige Bewilligungen auszubringen.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 3 7 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an private Unternehmen		

Stichwort: Lastenradprämie

Ansatz im Entwurf 2022	100.000 €
Änderung (+/-):	+ 50.000 €
Ansatz neu:	150.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022
Ansatz im Entwurf: €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:
+ 60.000 € + 30.000 € fällig 2023 + 30.000 € fällig 2024
Ansatz neu mit Fälligkeiten:
60.000 € davon jeweils 30.000€ fällig 2023 und 2024

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	50.000 €
				€
insgesamt:				50.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die im Koalitionsvertrag für die 7. Legislaturperiode zur Förderung des Radverkehrs vorgesehene Lastenradprämie ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung zur Unterstützung der Verkehrswende.

Es wird daher beantragt, ein das Budget der Radverkehrsbeauftragten in Kapitel 11 460 Titelgruppe 70 insgesamt um 260.000 € für das Förderprogramm Lastenradprämie (Titel 633 70, 682 70 und 683 70) aufzustocken und VE für mehrjährige Bewilligungen auszubringen.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 147	Kapitel: 1 1 4 7 0	Titel: 8 9 2 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		

Stichwort: Abbiegeassistent

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 250.000 €
Ansatz neu:	250.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	0 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	0 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	250.000 €
				€
insgesamt:				250.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Stärkung der Verkehrssicherheit im Straßen- und Radverkehr ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung.

In Ergänzung des bei weitem überzeichneten Förderprogramms des Bundes für die Nachrüstung von Bussen und LKW mit Abbiegeassistenzsystemen soll auch im Jahr 2022 ein ergänzendes Landesprogramm für Brandenburger Unternehmen aufgelegt werden. Neufahrzeuge sind ab Sommer 2022 zwingend mit Abbiegeassistenten auszustatten.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 155	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 3 3 2 0
Zweckbestimmung: Ausgleichszahlungen für qualitativ hohe Verkehrsangebote im kommunalen ÖPNV (PlusBus)		

Stichwort: PlusBus

Ansatz im Entwurf 2022	4.100.000 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	4.100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 5.100.000 € fällig 2023
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	5.100.000 € fällig 2023

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				0 €
				€
insgesamt:				0 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Das Land hat sich zudem mit dem Koalitionsvertrag zu einer Weiterentwicklung des Plus-Bus-Ansatzes bekannt. Dies soll im Zuge der Evaluierung und Abstimmungen mit der Volksinitiative Verkehrswende umgesetzt werden.

Im Regierungsentwurf zum HH 2022 ist keine Verpflichtungsermächtigung zur vertraglichen Bindung der Leistungen für 2023 enthalten.

Es wird daher beantragt, eine neue VE mit Fälligkeit in 2023 auszubringen.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 161	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 8 9 1 4 0
Zweckbestimmung: Investitionsprogramm 2030 – i2030 – (Regionalisierungsgesetz)		

Stichwort: i2030**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

0 €

Ansatz neu:

0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:**+ 23.400.000 €**

+ 3.100.000 € fällig 2024
+ 9.400.000 € fällig 2025
+ 10.900.000 € fällig 2026 ff

Ansatz neu mit Fälligkeiten:**+ 23.400.000 €**

+ 3.100.000 € fällig 2024
+ 9.400.000 € fällig 2025
+ 10.900.000 € fällig 2026 ff

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				0 €
				€
insgesamt:				0 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Mit dem Investitionsprogramm i2030 werden große Investitionsvorhaben im Ergebnis der Korridoruntersuchung und des Landesnahverkehrsplans durch die Länder Berlin und Brandenburg sowie Deutscher Bahn gemeinsam umgesetzt.

Es wird beantragt, zum Abschluss neuer Finanzierungsverträge zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 23,4 Mio. € auszubringen, die aus Ausgaberesten Regionalisierungsmittel finanziert werden können.

Änderungsantrag

Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne

Einzelplan 11 (MIL)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 169	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 8 8 3 9 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden		

Stichwort: Förderung innovativer Mobilitätsprojekte

Ansatz im Entwurf 2022	300.000 €
Änderung (+/-):	+ 203.000 €
Ansatz neu:	503.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	0 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	0 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	11 500	633 80	Mobilitätsticket	203.000 €
				€
insgesamt:				203.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Im Ergebnis der im Jahr 2021 erfolgten zweiten Ausschreibung im Förderprogramm „ImmoMob“ wurde das bislang vorgesehene Budget durch Projekte u.a. in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Uckermark und Elbe-Elster ausgeschöpft. Ein weiteres Projekt im Landkreis Oder-Spree wird als qualitativ hochwertig und förderwürdig eingestuft. Es wird daher beantragt, das Budget für das Programm „ImmoMob“ um 203.000 € für das Projekt LOS aufzustocken. Das Programm läuft 2022 planmäßig aus.

Die Deckung kann aus den veranschlagten Ausgaben für das Mobilitätsticket bereitgestellt werden, da angesichts der Mittelausschöpfung in den Vorjahren nicht davon auszugehen ist, dass die Mittel im Jahr 2022 in voller Höhe benötigt werden.

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 11

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 31	Kapitel: 1 1 0 2 0	Titel: 6 3 3 3 0
Zweckbestimmung: Ausgaben für Fluglärmberatung		

Stichwort: Fluglärmberatung

Ansatz im Entwurf 2022

0 €

Änderung (+/-):

+ 500.000 €

Ansatz neu:

500.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	500.000 €
insgesamt:				500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Auch wenn seit der Inbetriebnahme des BER – bedingt durch die Corona-Pandemie – noch kein sehr hohes Flugverkehrsaufkommen vorherrscht, so sind doch schon jetzt viele Beschwerden über Fluglärm zu vernehmen. Die Nutzung der Nord- und der Südbahn im Parallelbetrieb wird den Beratungsbedarf und die Anzahl der Beschwerden massiv erhöhen.

Es ist davon auszugehen, dass die Beratungsstelle hierfür mehr Kapazitäten benötigen wird, denn die Beratungsleistungen stehen jedermann zu. Insofern ist damit zu rechnen, dass neben den direkt Betroffenen insbesondere Fluglärm-betroffene außerhalb der Tag- und Nachtschutzgebiete die Fluglärmberatung aufsuchen.

Nur weil der BER in Betrieb gegangen ist, hören die Probleme nicht auf. Da zudem Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen bis fünf Jahre nach Inbetriebnahme der planfestgestellten neuen Südbahn angemeldet werden kann, ist an eine Beendigung der Fluglärmberatung vor Ende 2024 nicht zu denken.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 31	Kapitel: 1 1 0 2 0	Titel: 6 3 3 3 0
Zweckbestimmung: Ausgaben für Fluglärmberatung		

Stichwort: Sicherung der Fortsetzung der Fluglärmberatung**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 120.000 €

Ansatz neu:

120.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

+ 360.000 €

2023 bis zu 120.000 €

2024 bis zu 120.000 €

2025 bis zu 120.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

+ 360.000 €

2023 bis zu 120.000 €

2024 bis zu 120.000 €

2025 bis zu 120.000 €

Deckung bei: Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
26	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	120.000 €
insgesamt:				120.000 €

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
26	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	120.000 €

insgesamt:	120.000 €
-------------------	------------------

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Nach der Eröffnung des BER im Oktober 2020 ist die Beratung der von Fluglärm betroffenen Menschen in der Region wichtiger denn je. Die Fluglärmberatung sollte deshalb fortgeführt und weiterhin mittelfristig mit Landesmitteln unterstützt werden.
--

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 35	Kapitel: 1 1 0 2 0	Titel: T G r . 7 3
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Einzelmaßnahme 1 (Stadtentwicklung im ländlichen Raum)
--

Ansatz im Entwurf 2022	4.000.000€
Änderung (+/-):	+6.000.000€
Ansatz neu:	10.000.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
35	11 020	TGr. 73	Einzelmaßnahme 5 (Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Rahmen Ansiedlung Tesla) (vorgesehen in den Folgejahren)	6.000.000€
insgesamt:				6.000.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Insbesondere durch das Corona-Krisenmanagement wurden die Innenstädte im ländlichen Raum stark geschwächt. Hier gilt es zukunftssichere Strukturen zu schaffen, um der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum gerecht zu werden.

Änderungsantrag

AfD- Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 35	Kapitel: 1 1 0 2 0	Titel: T G r . 7 3
Zweckbestimmung: Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds		

Stichwort: Maßnahme 3 (Schienenverkehr und Logistik)

Ansatz im Entwurf 2022	3.000.000€
Änderung (+/-):	+4.500.000€
Ansatz neu:	7.500.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
EP 20 Seite 29	20 020	972 10	Globale Minderausgabe	4.500.000€
				€
insgesamt:				4.500.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Zur Entlastung des Straßengüterverkehrs soll der Anteil der Schiene am Güterverkehr stärker ausgebaut und gefördert werden. Insbesondere sollen hier Maßnahmen entsprechend dem Masterplan Schienenverkehr umgesetzt werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 46	Kapitel: 1 1 0 4 0	Titel (neu): 6 3 3 4 0
Zweckbestimmung: Beratungsstelle für kooperative Wohn- und Baugemeinschaften		

Stichwort: Versorgung mit preiswertem Wohnraum**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 100.000 €

Ansatz neu:

100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

+ 100.000 €

2023 bis zu 100.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

100.000 €

2023 bis zu 100.000 €

Deckung bei: Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
40	11 040	119 15	Rückflüsse aus Zuwendungen	100.000 €
insgesamt:				100.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Es wird eine Beratungsstelle für kooperative Wohn- und Baugemeinschaften aufgebaut. Das Beratungsangebot richtet sich einerseits an gemeinwohlorientierte Wohn- und Baugemeinschaften, die auf der Suche nach geeigneten Immobilien oder Grundstücken oder einer für ihre Zwecke passenden Förderung sind. Andererseits sollen Kommunen und andere Flächeneigentümerinnen beraten werden, wie sie Grundstücke nach gemeinwohlorientierten, sozialen und ökologischen Kriterien an Wohn- und Baugemeinschaften vergeben können. Es soll ferner über Organisations- und Rechtsformen von sowie weitere Unterstützungsmöglichkeiten für Wohnprojekte informiert werden.

Begründung:

Kooperative Wohn- und Baugemeinschaften bilden ein Gegengewicht zu profitorientierten Investoren und können deshalb wichtige Partnerinnen bei der Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit dauerhaft bezahlbarem Wohnraum sein. Dabei geht es um kooperative, selbstorganisierte Projekte, die selbstgenutztes Wohneigentum bzw. preiswerte Mietwohnungen schaffen und dabei Grund und Boden sowie Gebäudebestände dauerhaft dem spekulativen Marktgeschehen entziehen. Dafür finden sich in der Praxis verschiedene Organisations- und Rechtsformen (z.B. das Modell des Mietshäuser Syndikats, Genossenschaften). Solche Projekte sind in der Regel bemüht, Barrierefreiheit und soziale Nachhaltigkeit zu fördern sowie innovative Ansätze des ökologisch nachhaltigen Bauens und Zusammenlebens umzusetzen. Die Wohn- und Baugemeinschaften beschäftigen sich meist ehrenamtlich damit, ihre Projekte zu planen und umzusetzen. Mit der Beratungsstelle sollen der Einstieg und die Realisierung kooperativer Bau- und Wohnprojekte unterstützt und erleichtert werden, indem bei der Grundstückssuche geholfen, über Rechtsformen und Fördermöglichkeiten ganzheitlich informiert wird. Darüber hinaus sollen Kommunen und andere Flächeneigentümerinnen dabei unterstützt werden, gezielt Wohn- und Baugemeinschaften als Käuferinnen oder Pächterinnen zu gewinnen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 81	Kapitel: 1 1 0 6 0	Titel (neu): 6 8 1 1 0
Zweckbestimmung: Mietkaufionsfonds		

Stichwort: Einrichtung eines Mietkaufionsfonds**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 1.000.000 €

Ansatz neu:

+ 1.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei: Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	1.000.000 €
insgesamt:				1.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Aus dem Kautionsfonds werden einkommensarme Haushalte in Form eines befristeten, zinsfreien Darlehens bei der Finanzierung der Mietkaution bei Umzug/Einzug unterstützt. Die Unterstützung erfolgt in Höhe von einmalig maximal 1.000 Euro pro Haushalt innerhalb von drei Jahren. Das Darlehen ist innerhalb dieser Frist zurückzuzahlen. Der Mietkautionsfonds soll in zwei weiteren Jahresscheiben auf insgesamt 3.000.000 Euro aufgestockt und anschließend als revolvingender Fonds fortgeführt werden.

Begründung:

Neben der Miete selbst müssen Mieterinnen und Mieter beim Um- bzw. Einzug in der Regel eine Mietkaution in Höhe von drei Monatskaltmieten bezahlen. Bei Wohnungsgenossenschaften sind Genossenschaftsanteile in meist ähnlicher Höhe zu erwerben. Einkommensärmere Haushalte stellt dies nicht selten vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Die Belastung durch die Kautionszahlungen müssen oft an anderer Stelle schmerzhaft eingespart werden.

Nach dem Vorbild des Österreichischen Bundeslandes Steiermark soll deshalb ein Mietkautionsfonds eingerichtet werden. Damit werden einkommensarme Haushalte bei der Finanzierung der Mietkaution unterstützt. Der Mietkautionsfonds wird als revolvingender Fonds angelegt. Die Rückzahlungsfrist beträgt maximal drei Jahre und geht deshalb deutlich über die gesetzliche Ratenzahlung für die Mietkaution hinaus (vgl. § 551 Abs. 2 BGB).

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 84	Kapitel: 1 1 0 6 0	Titel: 8 9 3 1 4
Zweckbestimmung: Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für die soziale Wohnraumförderung (Landesmittel)		

Stichwort: Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 40.000.000 €
Ansatz neu:	40.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	40.000.000 €
insgesamt:				40.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Seite 83:

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

**Ansatz
2022
EUR**

(...)

322 Investive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt**

(...)

Landesmittel

40.000.000

(...)

Zusammen

312.646.100

Seite 84:

~~Weniger aufgrund steigender Bundeseinnahmen und Beendigung der Landeszuführung an das LWV.~~

Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen (LWV) für zusätzliche Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung.

Begründung:

Die Landesregierung stellte im Jahr 2020 noch 175 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Nach einer Kürzung auf 167 Millionen Euro im Haushalt 2021 sollen die Mittel im kommenden Jahr weiter auf nur mehr 130 Millionen Euro sinken. Da der Bedarf an preiswertem Mietwohnraum in Brandenburg jedoch unvermindert fortbesteht, ist eine derartige Kürzung in diesem Bereich nicht zu rechtfertigen. Die Fördermittel sollten wenigstens auf dem Niveau der vergangenen Jahre stabilisiert werden.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 117	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 2 4 0
Zweckbestimmung: Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personalaufwendungen		

Stichwort: Personal Landesbetrieb Straßenwesen

Ansatz im Entwurf 2022	113.121.000 €
Änderung (+/-):	1.200.000 €
Ansatz neu:	114.321.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.200.000 €
insgesamt:				1.200.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Es ist dringend erforderlich, im Landesbetrieb Straßenwesen Bauplanerinnen und Bauplaner sowie Tiefbauingenieurinnen und Tiefbauingenieure zusätzlich einzustellen, um mehr Planungen für die Umsetzung von Tiefbaumaßnahmen (Straßen, Brücken, Radwege) umsetzen zu können.

Der erhebliche Investitionsrückstau kann nur dann sukzessive abgebaut werden, wenn die Planungen der erforderlichen Maßnahmen vorliegen. Aus diesem Grund ist die Schaffung weiterer 20 Planstellen für Fachleute in diesem Bereich unerlässlich.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 120	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 8 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen für Investitionen im kommunalen Straßen- und Brückenbau		

Stichwort: Brückenbau und -sanierungen

Ansatz im Entwurf 2022	27.108.000 €
Änderung (+/-):	20.000.000 €
Ansatz neu:	47.108.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	32.000.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	128.000.000 €
2023	+ 23.000.000 €
2024	+ 30.000.000 €
2025	+ 35.000.000 €
2026 ff.	+ 40.000.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:	160.000.000 €
2023	40.000.000 €
2024	40.000.000 €
2025	40.000.000 €
2026 ff.	40.000.000 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	20.000.000 €
insgesamt:				20.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Auszug aus der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1525 (Drs. 7/4320):

Von den damals 143 identifizierten Bauwerken, die sich heute noch in der Zuständigkeit des Landes Brandenburg befinden, sind derzeit 28 Brücken mit Nutzungseinschränkungen behaftet.

Von den 28 betroffenen Brücken mit Nutzungseinschränkungen sind 25 Bauwerke im Sinne der Richtlinien für die strategische Planung von Erhaltungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken als nicht mehr erhaltungswürdig einzustufen. Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen bedarf es bei diesen Bauwerken zur Wiederherstellung der vollen Nutzungsfähigkeit eines Ersatzneubaus. Drei Bauwerke können teilerneuert werden. Alle Maßnahmen mit Nutzungseinschränkungen befinden sich in der Planung. ...

Bei 14 Brücken konnte aufgrund zumeist planungsrechtlicher Parameter das ursprüngliche Ziel, eine Umsetzung bis Ende 2020, nicht erreicht werden. ...

Gegenüber dem katalogisierten Stand von 2014 haben sich 70 Bauwerke in der aktuellen Zuständigkeit des Landes Brandenburg (ohne Autobahn GmbH des Bundes und abgestufter Brücken) im Zustand wesentlich verbessert. Dem gegenüber sind 31 Bauwerke neu hinzugekommen, die aktuell einen nicht ausreichenden oder ungenügenden Bauwerkszustand aufweisen. ...

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass in den nächsten 30 Jahren bis zu 440 der derzeit 1.560 Brücken in Zuständigkeit des Landes aufgrund ihres Bauwerkszustandes verstärkt oder erneuert werden müssen. ...

Vor diesem Hintergrund ist der Haushaltsansatz nicht nachvollziehbar. Es ist mindestens eine Erhöhung des Ansatzes um 20 Millionen EUR für die Erstellung weiterer Planungen für Modernisierungs-, Sanierungs- und Neubaumaßnahmen erforderlich.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 120	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 8 3 1 1
Zweckbestimmung: Zuweisungen für den Bau von Radschnellwegen		

Stichwort: Radschnellwege

Ansatz im Entwurf 2022	500.000 €
Änderung (+/-):	+ 4.500.000 €
Ansatz neu:	5.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	400.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 7.600.000 €
2023	+ 1.800.000 €
2024	+ 1.800.000 €
2025	+ 2.000.000 €
2026ff.	+ 2.000.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

	8.000.000 €
2023	2.000.000 €
2024	2.000.000 €
2025	2.000.000 €
2026ff.	2.000.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	4.500.000 €

insgesamt: **4.500.000 €**

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Der Bau von Radschnellwegen wird in 2022 i. H. v. 500.000 EUR gefördert. Dies darf nicht bedeuten, dass das Land Brandenburg ausschließlich diese Mittel zum Bau von Radschnellwegen (mit Ausnahme des Ansatzes 11 460 633 70) zur Verfügung stellen will.

Radschnellwege sollen Wohngebiete, Arbeits- und Ausbildungsstätten, Einkaufsmöglichkeiten und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur miteinander verbinden und eine echte Alternative für die Nutzung von Pkw sein und auch mangelnden ÖPNV und SPNV ausgleichen.

Aus diesem Grund sind ausreichende finanzielle Mittel ab 2022 ff. bereit zu stellen, um den Radschnellwegbau zu ermöglichen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 122	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 9 1 1 0
Zweckbestimmung: Zweckbestimmung: Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		

Stichwort: Neubau und Sanierung von Straßen und Radwegen

Ansatz im Entwurf 2022	72.000.000 €
Änderung (+/-):	+ 18.000.000 €
Ansatz neu:	90.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	81.000.000 €
--	--------------

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 279.000.000 €
2023	+ 66.000.000 €
2024	+ 53.000.000 €
2025	+ 70.000.000 €
2026 ff.	+ 90.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	360.000.000 €
2023	90.000.000 €
2024	90.000.000 €
2025	90.000.000 €
2026 ff.	90.000.000 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	18.000.000 €
insgesamt:				18.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Der Zustand sehr vieler Landesstraßen ist sehr schlecht. Der Investitionsstau wird größer.

Mit einer Kürzung der Mittel für den LS beschränkt die Landesregierung insbesondere die Straßeninstandhaltung und den Straßenneubau weiter und fährt damit unsere Infrastruktur weiter auf Verschleiß. Das ist unverantwortlich.

Im Ergebnis hat sich der Zustand der Brandenburger Landesstraßen und Radwege gegenüber den Ergebnissen, die die Große Anfrage der CDU-Fraktion aus 2019 offengelegt hat, nicht verbessert. Im Gegenteil: Insbesondere in die zum sog. „Grünen Netz“ gehörenden Straßen wurde zumeist seit vielen Jahren kein Geld mehr gesteckt, weshalb immer mehr Straßen unbefahrbar werden. Das ist nicht nur eine unnötige Erschwernis für den Alltag für unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern ganz besonders auch ein zunehmendes Hemmnis für unsere Unternehmen und damit für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus werden überflüssige betriebswirtschaftlichen Kosten für Reparaturen an Fahrzeugen und volkswirtschaftliche Folgekosten produziert.

Vor diesem Hintergrund ist der Haushaltsansatz nicht nachvollziehbar. Es ist mindestens eine Erhöhung des Ansatzes auf das Niveau von 2021 für die Erstellung weiterer Planungen für Modernisierungs-, Sanierungs- und wichtige Neubaumaßnahmen erforderlich. Um dem LS Planungssicherheit hinsichtlich einer Umsetzung der Planungen zu geben, sind Verpflichtungsermächtigungen in o. a. Höhe dringend erforderlich.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 122	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 9 1 1 0
Zweckbestimmung: Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		

Stichwort: Straßenplanung und Straßenbau

Ansatz im Entwurf 2022	72.000.000€
Änderung (+/-):	+28.000.000€
Ansatz neu:	100.000.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
EP 20 Seite 29	20 020	972 10	Globale Minderausgabe	28.000.000 €
				€
insgesamt:				28.000.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Der Ausbau der Infrastruktur bietet wirtschaftlichen Entwicklungen Vorschub und soll die Daseinsvorsorge sichern.

Die Landesregierung hat in einer Großen Anfrage im Jahr 2019 rund 39 Prozent der Landesstraßen im Grundnetz und 48 Prozent der Straßen im sogenannten Grünen Netz der Nebenstrecken in einen schlechten oder sehr schlechten Zustand eingestuft. Die Ortsdurchfahrten im Grundnetz wurden mit 62,5 Prozent und im Grünen Netz mit 66 Prozent als schlecht oder sehr schlecht eingestuft und 88 Brücken in Brandenburg sind nicht einmal im Zustand als ausreichend bewertet worden. Daher erachtet die AfD-Fraktion 100 Millionen Euro als eine notwendige Anschubfinanzierung, die verstetigt werden muss.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 122 f.	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 9 1 1 0
Zweckbestimmung: Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		

Stichwort: Umschichtung von 20 Mio. EUR für die Priorität Bau von Radwegen an Landesstraßen

Ansatz im Entwurf 2022

72.000.000 €

Änderung (+/-):

+ 20.000.000 €

Ansatz neu:

92.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Ein Anteil von mindestens 20,0 Mio. EUR der zur Verfügung stehenden Mittel sowie mindestens ein Drittel der Verpflichtungsermächtigungen sind für Maßnahmen des Radwegeprogramms zu verwenden.

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei: Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	20.000.000 €
insgesamt:				20.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Ausgaben in folgenden Bereichen erfüllen:

- Planungs- und Entwurfsbearbeitung an Bundes- und Landesstraßen, Brücken und Radwegen,
- Um-, Ausbau von Landesstraßen und Brücken,
- Neubau von Landesstraßen und Brücken,
- Maßnahmen des Radwegeprogramms (mindestens 20.000.000 EUR)
- Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Landesstraßen und Brücken,
- Kreuzungsmaßnahmen,
- Grunderwerb für Landesstraßen.

Begründung:

Im Haushaltsentwurf werden die im Budget des Landesbetriebs Straßenwesen (LS) für den Bau straßenbegleitender Radwege an Landesstraßen enthaltenen Mittel von 10,0 Millionen Euro (Ansatz 2021) auf 5,5 Millionen Euro (Ansatz 2022) gekürzt. Angesichts der Bedeutung des Radverkehrs für die gebotene sozial-ökologische Verkehrswende ist das eine grundfalsche Entwicklung. Im Gegenteil sollten die Mittel für den Radwegeausbau aufgestockt werden.

Beabsichtigt ist deshalb eine Umschichtung innerhalb des Titels 891 10 zu Gunsten der Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur. Diese sollen von 5,5 auf 20,0 Millionen Euro erhöht werden. Für die Verwendung der Verpflichtungsermächtigungen in den kommenden Jahren soll zudem ein Verhältnis zwei Drittel für Straßenbau zu einem Drittel für die Radwegeinfrastruktur festgeschrieben werden.

Die vorgeschlagene Änderung dient dem von der Landesregierung verfolgten Ziel, den Verkehrsanteil des Umweltverbunds bis 2030 auf mindestens 60 Prozent zu steigern.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 126	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 8 9 1 1 3
Zweckbestimmung: Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Baumaßnahmen an Bahnübergängen mit kommunalen Straßen		

Stichwort: Beseitigung von Bahnübergängen

Ansatz im Entwurf 2022	1.000.000 €
Änderung (+/-):	+ 1.000.000 €
Ansatz neu:	2.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	3.000.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	97.000.000 €
2023	+ 24.000.000 €
2024	+ 24.000.000 €
2025	+ 24.000.000 €
2026 ff.	+ 25.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	100.000.000 €
2023	25.000.000 €
2024	25.000.000 €
2025	25.000.000 €
2026 ff.	25.000.000 €

Eingegangen: tt.mm.jjjj<Einbr.dat> / Ausgegeben: tt.mm.jjjj<Ausg.dat>

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.000.000 €
insgesamt:				1.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 11 460 / 883 13 (Ist 2020: 0, Ansatz 2021: 1.000.000 EUR). Korrektur Titelsystematik Mit der Änderung des § 13 EKrG wurden die Kommunen von Kostenanteilen bei Baumaßnahmen an Bahnübergängen mit kommunalen Straßen entlastet. Die bisherige Regelung nach § 13 EKrG, dass die Baulastträger jeweils ein Drittel der Kreuzungsbedingten Kostenmasse zu tragen haben, wurde dahingehend geändert, dass der Schienenbaulastträger weiterhin ein Drittel der Kosten trägt, der Bund die Hälfte der Kosten übernimmt und das verbleibende Sechstel das Land, in dem der Bahnübergang an kommunalen Straßen liegt, zu tragen hat. Dieser Landesanteil i. H. v. 1/6 ist hier veranschlagt.

Zudem sind Mittel veranschlagt für die Planung und Beseitigung von Bahnübergängen, die nicht unter die Regelungen des EKrG fallen.

Begründung:

Im Rahmen des Programmes i2030 soll die Schieneninfrastruktur ausgebaut werden. Neben dem Ausbau des Schienennetzes müssen auch die innerörtlichen Bahnquerungen beseitigt werden, weil diese ein großes Hindernis im Verkehrsfluss der betroffenen Gemeinden sind.

Anzustreben ist ein landesweites Programm zur Finanzierung des Ersatzes beschränkter Bahnübergänge mitten in Städten und Gemeinden entlang der Hauptschienenwege von Berlin aus nach Brandenburg.

Hierfür sind für 2022 erste Planungsleistungen durch Erhöhung des Ansatzes möglich. Die Verpflichtungsermächtigungen sichern die Finanzierung der Maßnahmen zur Beseitigung der innerörtlichen Bahnquerungen an den Trassen ab.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 130	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 3 3 7 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Aufgabenträger und Gemeinden		

Stichwort: Förderung Radverkehr**Ansatz im Entwurf 2022**

290.000 €

Änderung (+/-):

+ 110.000 €

Ansatz neu:

400.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	110.000 €
insgesamt:				110.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Nahmobilität wird vielerorts verstanden als Mobilität ohne Auto. In diesem Themenfeld gibt es bereits verschiedene Programme („Stadt und Land“), Studien (Radschnellwege) und die AG Radverkehr, die zum Ziel haben, eine effiziente, bezahlbare, klima- und ressourcenschonende Mobilität für alle Altersgruppen zu schaffen.

Um die Ziele, die im Bereich Nahmobilität gesteckt wurden, realistisch erreichen zu können und geeignete Maßnahme zu ergreifen, muss der Mitteleinsatz an dieser Stelle mindestens in Höhe des Ansatzes 2021 erfolgen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 2 7 0
Zweckbestimmung: Radverkehr		

Stichwort: Zuschüsse an öffentliche Unternehmen

Ansatz im Entwurf 2022	50.000€
Änderung (+/-):	-50.000€
Ansatz neu:	0€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Gerade öffentliche/gewerbliche Unternehmen sollten proaktiv mit guten Beispiel vorangehen und sich Lastenräder anschaffen. Dazu müssen sie nicht durch eine Anschaffungsprämie motiviert werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 3 7 0
Zweckbestimmung: Radverkehr		

Stichwort: Zuschüsse an private Unternehmen

Ansatz im Entwurf 2022	100.000€
Änderung (+/-):	-50.000€
Ansatz neu:	50.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Die Lastenradprämien an private Unternehmen sind zu reduzieren. Wer ein Lastenrad anstrebt und auch in seinem Unternehmen einsetzen kann, braucht als Investitionsanreiz keine Prämie. Ggf. sind öffentliche Fördermittel und/oder die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten Förderung genug.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 5 7 0
Zweckbestimmung: Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr		

Stichwort: Schulwegsicherung im Radverkehr

Ansatz im Entwurf 2022	10.000 €
Änderung (+/-):	+ 20.000 €
Ansatz neu:	30.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 60.000 €
	2023 bis zu 30.000 €
	2024 bis zu 30.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	60.000 €
	2023 bis zu 30.000 €
	2024 bis zu 30.000 €

Deckung bei: Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
122	11 460	891 10	Zuführung an den LS für Straßenplanung und Straßenbau	20.000 €
insgesamt:				20.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Ausweitung des Radverkehrs erfordert eine Sensibilisierung insbesondere der nachwachsenden Generationen für ein Mobilitätsverhalten, dass nicht vom Auto abhängig ist. Die Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr – insbesondere im Bereich der Schulwegsicherung – ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen derartiger Bemühungen. Der Haushaltsansatz sollte deshalb auf gleichbleibendem Niveau verstetigt werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 5 7 0
Zweckbestimmung: Radverkehr		

Stichwort: Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr

Ansatz im Entwurf 2022	10.000€
Änderung (+/-):	+50.000€
Ansatz neu:	60.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
131	11 460	683 70	Zuschüsse an private Unternehmen	50.000€
				€
insgesamt:				50.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Gerade die Schulwegsicherung im Radverkehr ist so wichtig, dass der Titelansatz hier nicht reduziert werden darf!

Private Unternehmen benötigen keine Prämie als Kaufanreiz für ein Lastenrad.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 131	Kapitel: 1 1 4 6 0	Titel: 6 8 5 7 0
Zweckbestimmung: Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit im Radverkehr		

Stichwort: Schulwegsicherung Radverkehr
Ansatz im Entwurf 2022

10.000 €

Änderung (+/-):

+ 20.000 €

Ansatz neu:

30.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	20.000 €
insgesamt:				20.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Zur Schulwegsicherung gehören nicht nur verkehrsrechtliche Vorgaben. Auch die Förderung der Schulwegsicherung im Radverkehr ist von großer Bedeutung, da viele Kinder und Jugendliche den Weg zu Schule mit dem Fahrrad machen (möchten). Es gilt hierbei, die zu nutzenden Wege sicher zu machen.

Aus diesem Grund ist es notwendig, die Mittel mindestens in Höhe des Vorjahresansatzes bereitzustellen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 157	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 8 2 5 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an die Hochschulen zur anteiligen Finanzierung des Semestertickets		

Stichwort: Deckelung des Semesterticketpreises

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 3.300.000 €
Ansatz neu:	3.300.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	

Deckung bei: Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
28	20 020	971 10	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	3.300.000 €
Insgesamt				3.300.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Aufgrund der COVID-19 Pandemie wurde jedem Studierenden an einer Brandenburger Hochschule auf der Grundlage einzelner Vereinbarungen mit den Hochschulen ein Zuschuss zum Semesterticket in Höhe von 5 € (Sommersemester 2021) bzw. 10 € (Wintersemester 2021) gewährt.

Diese Unterstützung wird 2022 in einem Umfang fortgeführt, der eine Deckelung des Semesterticketpreises auf dem gegenwärtigen Preisniveau ermöglicht.

Begründung:

Ein preisgünstiges Semesterticket ist einer der wesentlichen Bausteine, um die sozialen Zugangshürden zu den Hochschulen zu minimieren. Es ermöglicht allen Studierenden des Landes Mobilität und ist damit auch ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende. Seit mehr als einem Jahr befinden sich die Studierendenvertretungen Berlins und Brandenburgs in einer Auseinandersetzung mit dem VBB über die künftige Preisgestaltung des Semestertickets, da der VBB eine massive Preissteigerung angekündigt hat – eine Lösung scheint immer noch in weiter Ferne. Nach Berlin soll nun auch Brandenburg die Verantwortung für die Studierenden übernehmen und mindestens für das kommende Jahr das Semesterticket auf dem aktuellen Niveau deckeln. Den Studierenden ist keine Steigerung des Semesterticketpreises zuzumuten, weil sie noch immer besonders unter den Auswirkungen der Corona-Krise leiden. Die entsprechende Unterstützung aus dem laufenden Jahr ist deshalb 2022 fortzuführen, um den Semesterticketpreis stabil zu halten.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 163	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 3 3 6 0
Zweckbestimmung: Förderung der Aufgabenträger		

Stichwort: Zuschüsse zum kommunalen ÖPNV

Ansatz im Entwurf 2022	82.044.000 €
Änderung (+/-):	+ 3.000.000 €
Ansatz neu:	85.044.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	82.044.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 177.588.000 €
	2023 bis zu 3.000.000 €
	2024 bis zu 86.544.000 €
	2025 bis zu 88.044.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	259.632.000 €
	2023 bis zu 85.044.000 €
	2024 bis zu 86.544.000 €
	2025 bis zu 88.044.000 €

Deckung bei: Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
153	11 500	TGr. 60 Finanzierung des kommunalen ÖPNV Titel 359 60 (neu)	Entnahme aus der Rücklage Regionalisierungsmittel	3.000.000 €
insgesamt:				3.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die kommunalen Verkehrsbetriebe sind mit stetig steigenden Kosten konfrontiert (Personal, Strom, Kraftstoff usw.). Zum Erreichen der verkehrspolitischen Ziele der Landesregierung (60 Prozent Umweltverbund bis 2030) ist ein Ausbau des kommunalen ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen erforderlich. Soll beides nicht einseitig von den Fahrgästen über höhere Ticketpreise finanziert werden, braucht es höhere Zuschüsse für den kommunalen ÖPNV. Beantragt wird zu diesem Zweck eine einmalige Erhöhung um rd. 3 Prozent für 2022 sowie darüber hinaus die Umsetzung der im Koalitionsvertrag versprochenen Dynamisierung von 1,5 Prozent pro Jahr.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 163 f.	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 8 8 3 6 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Aufgabenträger für Investitionen		

Stichwort: Förderung für barrierefreie Straßenbahnen/O-Busse
Ansatz im Entwurf 2022

17.000.000 €

Änderung (+/-):

+/- 0 €

Ansatz neu:

17.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)Zuschüsse des Landes zur Beschaffung barrierefreier Straßenbahnen/O-Busse**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

9.000.000 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

+ 31.000.000 €

2023 bis zu 1.000.000 €
 2024 bis zu 10.000.000 €
 2025 bis zu 10.000.000 €
 2026 ff. bis zu 10.000.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:**40.000.000 €**

2023 bis zu 10.000.000 €
 2024 bis zu 10.000.000 €
 2025 bis zu 10.000.000 €

2026 ff. bis zu 10.000.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die Erneuerung der kommunalen Straßenbahn-/O-Busflotten durch die Beschaffung barrierefreier Fahrzeuge ist noch nicht abgeschlossen. Ohne eine Fortführung der Kofinanzierung durch das Land werden die kommunalen Aufgabenträger nicht in der Lage sein, diese Aufgabe zu stemmen. können. Durch die Fortschreibung der Verpflichtungsermächtigungen erhalten die kommunalen Aufgabenträger die erforderliche Planungssicherheit und können somit die laufenden Bestellungen umsetzen.

Änderungsantrag

AfD- Fraktion

Einzelplan 11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 167	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: T G r . 8 0
Zweckbestimmung: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs		

Stichwort: Mobilitätsticket

Ansatz im Entwurf 2022	3.200.000€
Änderung (+/-):	+300.000€
Ansatz neu:	3.500.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
28	11 020	537 10	Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten	300.000€
				€
insgesamt:				300.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: Zur Entlastung für sozial schwächer gestellter Menschen erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen Tarifausgleich auf Niveau von 2019. Der Titelansatz für Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten wird auf das IST aus 2020 zurückgesetzt, da das Ministerium den Aufwuchs um 150% nicht begründet hat.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 167	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 3 3 8 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an die Aufgabenträger		

Stichwort: Mobilitätsticket Brandenburg**Ansatz im Entwurf 2022**

3.200.000 €

Änderung (+/-):

+ 1.330.000 €

Ansatz neu:

4.530.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:****Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:****Ansatz neu mit Fälligkeiten:**

Deckung bei: Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	1.330.000 €
Insgesamt				1.330.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Als Reaktion auf die sinkende Inanspruchnahme des Mobilitätstickets soll der Preis auf maximal 30 Euro für Erwachsene bzw. maximal 15 Euro für Kinder und Jugendliche gesenkt werden.

Begründung:

Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Mobilität ist ein Grundrecht, das allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gleichermaßen zu garantieren ist. Denn ohne Mobilität sind weder die Grundversorgung mit Lebensmitteln, Bildung oder medizinischer Versorgung, noch der Zugang zu politischer Beteiligung, Kunst und Kultur oder Freizeit und Erholung möglich. Vor diesem Hintergrund trägt das Land Brandenburg die Verantwortung dafür, seinen Einwohnerinnen und Einwohnern mit niedrigen Einkommen einen gleichberechtigten Zugang zu Mobilitätsangeboten – vor allem im öffentlichen Nahverkehr – zu ermöglichen. Zentrales Instrument dafür ist das nach einer erfolgreichen Volksinitiative im Jahr 2008 eingeführte Sozialticket. Anstelle beim Mobilitätsticket (erneut) zu kürzen und das Sozialticket damit schleichend zu demontieren, sollte das Angebot überarbeitet und der Preis gesenkt werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 11 – Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 167	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 8 2 8 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen		

Stichwort: Mobilitätsticket Brandenburg

Ansatz im Entwurf 2022	1.000.000 €
Änderung (+/-):	+ 330.000 €
Ansatz neu:	1.330.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:****Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:****Ansatz neu mit Fälligkeiten:**

Deckung bei: Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	330.000 €
Insgesamt				330.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Als Reaktion auf die sinkende Inanspruchnahme des Mobilitätstickets soll der Preis auf maximal 30 Euro für Erwachsene bzw. maximal 15 Euro für Kinder und Jugendliche gesenkt werden.

Begründung:

Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Mobilität ist ein Grundrecht, das allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gleichermaßen zu garantieren ist. Denn ohne Mobilität sind weder die Grundversorgung mit Lebensmitteln, Bildung oder medizinischer Versorgung, noch der Zugang zu politischer Beteiligung, Kunst und Kultur oder Freizeit und Erholung möglich. Vor diesem Hintergrund trägt das Land Brandenburg die Verantwortung dafür, seinen Einwohnerinnen und Einwohnern mit niedrigen Einkommen einen gleichberechtigten Zugang zu Mobilitätsangeboten – vor allem im öffentlichen Nahverkehr – zu ermöglichen. Zentrales Instrument dafür ist das nach einer erfolgreichen Volksinitiative im Jahr 2008 eingeführte Sozialticket. Anstelle beim Mobilitätsticket (erneut) zu kürzen und das Sozialticket damit schleichend zu demontieren, sollte das Angebot überarbeitet und der Preis gesenkt werden.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 169	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 6 8 2 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an öffentliche Unternehmen		

Stichwort: Innovative Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum I**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 200.000 €

Ansatz neu:

200.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	200.000 €
insgesamt:				200.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der öffentliche Personennahverkehr ist gerade im ländlichen Raum nur unzureichend verfügbar.

In der Titelgruppe 90 des Kapitels 11 500 sind Mittel veranschlagt, die innovative Mobilitätsprojekte zur Erhöhung der Mobilität insbesondere in Räumen mit geringem bzw. fehlendem ÖPNV-Angebot finanzieren sollen.

Eine Kürzung der Mittel schafft keine Anreize für innovative Lösungen. Aus diesem Grund sind die Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, Aufgabenträger und Gemeinden sowie öffentliche Unternehmen zu erhöhen, statt zu kürzen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 169	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 8 8 3 9 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen für Investitionen an Aufgabenträger und Gemeinden		

Stichwort: Innovative Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum II

Ansatz im Entwurf 2022	300.000 €
Änderung (+/-):	+ 500.000 €
Ansatz neu:	800.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	500.000 €
insgesamt:				500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der öffentliche Personennahverkehr ist gerade im ländlichen Raum nur unzureichend verfügbar.

In der Titelgruppe 90 des Kapitels 11 500 sind Mittel veranschlagt, die innovative Mobilitätsprojekte zur Erhöhung der Mobilität insbesondere in Räumen mit geringem bzw. fehlendem ÖPNV-Angebot finanzieren sollen.

Eine Kürzung der Mittel schafft keine Anreize für innovative Lösungen. Aus diesem Grund sind die Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, Aufgabenträger und Gemeinden sowie öffentliche Unternehmen zu erhöhen, statt zu kürzen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

11 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 169	Kapitel: 1 1 5 0 0	Titel: 8 9 1 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an öffentliche Unternehmen		

Stichwort: Innovative Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum III

Ansatz im Entwurf 2022	500.000 €
Änderung (+/-):	+500.000 €
Ansatz neu:	1.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	11 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	500.000 €
insgesamt:				500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der öffentliche Personennahverkehr ist gerade im ländlichen Raum nur unzureichend verfügbar.

In der Titelgruppe 90 des Kapitels 11 500 sind Mittel veranschlagt, die innovative Mobilitätsprojekte zur Erhöhung der Mobilität insbesondere in Räumen mit geringem bzw. fehlendem ÖPNV-Angebot finanzieren sollen.

Eine Kürzung der Mittel schafft keine Anreize für innovative Lösungen. Aus diesem Grund sind die Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, Aufgabenträger und Gemeinden sowie öffentliche Unternehmen zu erhöhen, statt zu kürzen.

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

in Verbindung damit:

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

Unterrichtung der Landesregierung - Drucksache 7/4213

und:

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

Unterrichtung der Landesregierung - Drucksache 7/4214

Berichterstatter: Abgeordneter Daniel Münschke (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212 – Einzelplan 11, einschließlich des Wirtschaftsplanes 2022 über das Landeswohnungsbauvermögen und seiner Erläuterungen zum Landeswohnungsbauvermögen in der vom Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung beschlossenen Fassung empfehlen (Anlage 1);
2. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 7/4213) zur Kenntnis zu nehmen;
3. empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 7/4214) zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht

A. Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212, der Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) und die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) - wurden vom Landtag in dessen 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur federführenden Beratung und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung befasste sich erstmalig in seiner 20. Sitzung am 16. September 2021 und damit bereits vor Überweisung durch den Landtag mit den oben genannten Beratungsgegenständen. Die abschließende Beratung erfolgte im Rahmen der 21. Sitzung am 11. November 2021.

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2022 über das Landeswohnungsbauvermögen und seiner Erläuterungen zum Landeswohnungsbauvermögen wurde den Mitgliedern des Ausschusses am 4. November 2021 durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zugeleitet.

B. Beratung

Im Rahmen der erstmaligen Beratung in der 20. Sitzung am 16. September 2021 stellte der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Eckpunkte des Entwurfs des Einzelplans 11 vor. Die Fraktionen erhielten die Möglichkeit, schriftliche Fragen an das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zu richten. Davon machten sämtliche Oppositionsfraktionen Gebrauch. Die schriftlichen Fragen sind im Nachgang der 20. Sitzung durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung beantwortet worden.

Zur abschließenden Beratung am 11. November 2021 lagen insgesamt 40 Änderungsanträge vor. Davon entfielen sieben auf die AfD-Fraktion und je elf Änderungsanträge auf die Fraktionen DIE LINKE und die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER. Elf weitere gemeinsame Änderungsanträge entfielen auf die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Über die in den Ausschuss eingebrachten Änderungsanträge stimmte der Ausschuss nach Gesetzessystematik, also in der Reihenfolge der Haushaltsstellen im Einzelplan 11, ab.

Ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zielte auf die finanzielle Untersetzung der Einrichtung einer Geschäftsstelle zur Umsetzung des Dialogprozesses zur Volksinitiative „Verkehrswende Brandenburg jetzt!“ ab. Mit einem weiteren Änderungsantrag beantragten die Koalitionsfraktionen eine Erhöhung der Mittel für die Geschäftsstelle „Klimaneutrale Stadt“. Darüber hinaus ist in drei Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen eine Erhöhung des Budgets für die Lastenradprämie sowohl für öffentliche und private Unternehmen als auch für Aufgabenträger und Gemeinden um insgesamt 260 000 Euro vorgesehen. Zugunsten der Verkehrssicherheit beantragten die Koalitionsfraktionen außerdem eine Erhöhung der Mittel für die Bezuschussung privater Unternehmen im Rahmen der Installation von Abbiegeassistenzsystemen. Für sämtliche im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung durch die Koalitionsfraktionen beantragten Mittelenerhöhungen diente das Mobilitätsticket als Deckungsquelle.

Außerdem sollten durch die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt fast 43 Millionen Euro geschaffen oder erhöht werden; unter anderem für eine Ausweitung des PlusBus-Angebots im Land sowie für die Umsetzung des Investitionsprogramms i2030.

Die AfD-Fraktion zielte mit zwei Änderungsanträgen auf eine Umverteilung der zur Verfügung stehenden ZiFoG-Mittel ab. Für die Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Tesla-Ansiedlung sollten demnach zugunsten der Stadtentwicklung im ländlichen Raum sowie zugunsten des Schienenverkehrs und der Logistik weniger Geld zur Verfügung stehen. Die Fraktion beantragte außerdem mit zwei Änderungsanträgen eine Streichung der Mittel für die Lastenradprämie an private und öffentliche Unternehmen.

Die Fraktion DIE LINKE stellte mehrere Änderungsanträge im Bereich Stadtentwicklung und Wohnungswesen. Darunter war ein Änderungsantrag, mit dem

Mittel für eine Beratungsstelle für kooperative Wohn- und Baugemeinschaften bereitgestellt werden sollen. Außerdem zielten je ein Änderungsantrag auf die Erhöhung der Mittel für Mietkaufonsfonds sowie auf eine Erhöhung der Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für die soziale Wohnraumförderung ab. Mit einem weiteren Änderungsantrag soll den Hochschulen die anteilige Finanzierung der Kosten für das Semesterticket ermöglicht werden. Die Fraktion beabsichtigte weiterhin eine erhebliche Mittelerhöhung für den kommunalen ÖPNV sowie eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für die Förderung für barrierefreie Straßenbahnen und O-Busse.

Die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER beantragte eine Erhöhung der Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personalaufwendungen. Außerdem zielten mehrere Änderungsanträge auf eine Mittelerhöhung im Rahmen des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur ab. Ein Änderungsantrag bezog sich unter anderem auf Investitionen in den kommunalen Straßen- und Brückenbau, ein anderer auf den Bau von Radschnellwegen und ein weiterer auf Baumaßnahmen an Bahnübergängen mit kommunalen Straßen.

Konkurrierende Änderungsanträge gab es zum einen in Zusammenhang mit den Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau. Sowohl die Koalitionsfraktionen als auch sämtliche Oppositionsfraktionen reichten hierzu je einen Änderungsantrag ein. Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen sahen jeweils eine Ansatzserhöhung vor, der gemeinsame Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 14 Millionen Euro.

Sowohl die Fraktionen DIE LINKE und BVB/FREIE WÄHLER als auch die Koalitionsfraktionen stellten Änderungsanträge, die auf eine Mittelerhöhung für die Fluglärmberatung abzielten. Diese unterschieden sich in der Höhe sowie in der jeweiligen Deckungsquelle.

Auch hinsichtlich der Schulwegsicherung gab es konkurrierende Anträge der Fraktionen DIE LINKE, BVB/FREIE WÄHLER und der AfD-Fraktion, die sich ebenfalls in ihrer Höhe und Deckungsquelle unterschieden.

Kontrovers diskutiert wurde unter anderem die finanzielle Ausstattung des Mobilitätstickets. Die von den Koalitionsfraktionen im Rahmen der Deckung vorgesehene Kürzung des Mobilitätstickets sei aus Sicht der Fraktion DIE LINKE nicht hinnehmbar. Vielmehr müssten aus Sicht der Fraktion das Angebot verbessert und mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hierzu lag ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor. Ähnlich argumentierte auch die AfD-Fraktion und beantragte ebenfalls eine entsprechende Mittelerhöhung. Die Koalitionsfraktionen begründeten die vorgesehene Deckungsquelle mit dem Rückgang der Nachfrage und der damit nicht erfolgten Ausschöpfung der in den letzten Jahren zur Verfügung gestellten Mittel.

Hinsichtlich des Inhalts der Änderungsanträge sowie deren Begründung im Einzelnen wird im Übrigen auf Anlage 2 verwiesen. Im Ergebnis wurden drei gemeinsame Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen einstimmig mit Stimmenthaltungen, die übrigen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen mehrheitlich angenommen.

Sämtliche Änderungsanträge der Oppositionsfractionen wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der Abgeordnete der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER kritisierte im Anschluss an die Beratung des Haushaltsgesetzentwurfs den vorgelegten „Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025“ – Drucksache 7/4213 – und die darin vorgesehenen zusätzlichen globalen Minderausgaben in Höhe von jeweils über einer Milliarde Euro in den kommenden Jahren. Die Koalitionsfraktionen betonten, dass es einen Finanzierungsfehlbedarf für die entsprechenden Jahre gebe, es jedoch dem Gebot der Haushaltswahrheit und –klarheit entspreche, diesen auszuweisen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne noch nicht abgeschätzt werden, welche Ausgabensenkungen oder Einnahmenerhöhungen zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden könnten.

Im Ergebnis der abschließenden Beratung beschlossen die Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung mehrheitlich (8 / 7 / 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Annahme des Entwurfs des Einzelplans 11 einschließlich des Wirtschaftsplanes 2022 über das Landeswohnungsbauvermögen und seiner Erläuterungen zum Landeswohnungsbauvermögen mit den vom Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung beschlossenen Änderungen (Anlage 1) zu empfehlen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung beschloss darüber hinaus mehrheitlich (8 / 7 / 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Kenntnisnahme der Unterrichtung der Landesregierung „Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025“ - Drucksache 7/4213 - zu empfehlen.

Weiterhin beschloss der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung mehrheitlich bei zwei Stimmenthaltungen (8 / 5 / 2), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Kenntnisnahme der Unterrichtung der Landesregierung „Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ - Drucksache 7/4214 - zu empfehlen.



Daniel Münschke
Berichtersteller und Vorsitzender des
Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung zum Einzelplan 11 (Veränderungsnachweis EP 11)
- Anlage 2: Übersicht der Änderungsanträge und Abstimmungsergebnisse
- Anlage 3: Änderungsanträge zum Einzelplan 11